

WOCHENRÜCKBLICK

KW 26/25

Was Gescheits



Manfred Schiller:
ein Weidener im Bundestag



AfD

Aus dem Inhalt:

3 COMPACT Magazin:
Verbot aufgehoben

4 Aktuelle
Nachrichten

6 Sozialistische
Staatwirtschaft

9 Aus dem
Bundestag

Vorwort



Liebe Freunde,

die gute Nachricht der Woche war sicher der Sieg des COMPACT-Magazins vor dem Bundesverwaltungsgericht, das das politisch motivierte Verbot aufhob. Außerdem berichte ich wieder ausführlich über die Geschehnisse der vergangenen Sitzungswoche im Parlament, und ich blicke nach Bayern, wo der Innenminister die AfD nun auf eine Extremismusliste aufnehmen will - auf einer Stufe mit Terrorgruppen wie Al Kaida und Co.

Die gebrochenen Wahlversprechen der aktuellen Regierung mit ihrem „Pinocchio-Kanzler“ Merz sind gleich mehrfach Thema, und ihr findet einen großen Artikel über die neue Wirtschaftsministerin (CDU), die an der sozialistischen Staatswirtschaft der vergangenen Regierung festhält. Um das und einiges mehr geht es in meinem aktuellen Rückblick - ich wünsche euch viel Erkenntnis beim Lesen!

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht,

Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21

92637 Weiden

Tel. 0961 40 17 56 94

manfred.schiller.wk@bundestag.de

mit mir oder meinen Mitarbeitern Kontakt aufzunehmen — dafür sind wir da!

Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, und freut sich auf euren Besuch.

Die Öffnungszeiten sind wie folgt:

Di.: 8.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr

Mi.: 8.⁰⁰ - 12.⁰⁰ & 13.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr

Do.: 11.⁰⁰ - 20.⁰⁰ Uhr

Jeden Donnerstag findet ab 18.⁰⁰ Uhr ein Bürgerstammtisch statt.

»Dem deutschen Volke«
— ein Auftrag, den ich
ernst nehme!

DEM DEUTSCHEN VOLKE



Die gute Meldung der Woche:

COMPACT siegt vor Gericht!

Das Bundesverwaltungsgericht hat das willkürliche und rein politisch motivierte Verbot des Magazins aufgehoben.

Eine Klatsche für das Innenministerium und die damalige Antifa-Innenministerin Nancy Faeser, die mit dem Versuch, die Pressefreiheit durch ein Verbot nach Vereinsrecht auszuhebeln, nun krachend gescheitert ist!

Es macht Hoffnung darauf, dass unser Rechtsstaat, zumindest in Teilen, noch funktioniert und mit diesem Urteil die Meinungs- & Pressefreiheit gegen die antidemokratischen Kräfte unseres Landes verteidigt hat.



Ein abgekartetes Spiel! **Friedrich Merz hat die Wähler bewusst belogen.**

So zumindest lässt es der Bericht von **Apollo News** vermuten. Merz **brach seine Versprechen** zur Bundestags-

wahl **nicht spontan** und aufgrund einer veränderten politischen Situation am Tag nach der Wahl, sondern der Wort- und Versprechensbruch war anscheinend **von langer Hand geplant**.

Insbesondere sein Versprechen, die **Schuldenbremse** nicht anzutasten, war **reines Theater**.

Denn er ließ sich schon **vor der Wahl** vom ehemaligen Verfassungsrechtler Udo die Fabio ein „kleines Gutachten“ anfertigen, ob er mit dem **Durchboxen der Grundgesetzänderung** nach der Wahl mit dem abgewählten Bundestag rechtlich durchkäme.

Interessant wäre zu erfahren, wer das Gutachten bezahlt hat. Rheinmetall etwa?

Meine Meinung: ihm war **von vornherein** klar, dass eine „Regierung Merz“ nur dann eine Überlebenschance haben würde, wenn eine ausreichende **Liquiditätsschwemme** die längst überfälligen Investitionen in das marode Land ermöglichen würden. Und natürlich hing ihm die **Konzernlobby**, allen voran die **Rüstung** im Genick, die mit dem einmal begonnenen **Kriegs-Hype** endlich richtig Kasse machen will.

Weiter nachzulesen im Buch des Welt-Journalist Robin Alexander „Letzte Chance – der neue Kanzler und der Kampf um die Demokratie“.



Bundesumweltminister **Schneider (SPD)** hält am Kurs der alten Regierung fest und **setzt** damit die **zerstörerische Ampelpolitik fort**:

Trotz der Ankündigungen der neuen Regierung, dass wir bei Heizungsgesetz und Verbrenner-Aus auf Veränderungen hoffen können – im Koalitionsvertrag steht immerhin **„wir werden das Heizungsgesetz abschaffen“** – bleibt er dabei:

Am Ausstieg aus fossilen Heizungen wird ebenso festgehalten wie am Abschied vom Verbrennungsmotor. Die Änderungen betreffen nur „kleine Details“.

Anders gesagt: Die **SPD** hat erfolgreich mit ihrer Politik die **Deindustrialisierung** vorangetrieben und unseren **Wohlstand geopfert**, wurde daraufhin **abgewählt** und **fährt** nun einfach mit ihrem **Kurs weiter fort**, als wäre nie etwas gewesen. Was vordergründig nach **„Neustart“** aussehen soll, ist nur der **selbe Kurs** in **neuem Gewand**, und die ebenfalls mit **Wählerbetrug** glänzende **Union** macht´s möglich.



Bild: © magnetbahn.de

Übergabe der **Transrapid-Petition**

Berlin, 27. Juni 2025. Pressemitteilung der AfD-Bundestagsfraktion zur **Übergabe der Transrapid-Petition**:

Über **61.000 Bürger** haben eine Petition auf der Plattform openPetition unterzeichnet, die eine **Wiederaufnahme des Transrapid-Projekts** fordert. Die Petition wurde heute dem **petitionspolitischen Sprecher** der AfD-Bundestagsfraktion, **Manfred Schiller**, im Deutschen Bundestag offiziell übergeben.

Der Petent, der sich seit Jahren für die Magnetschwebebahn als alternative und effiziente Form des Fernverkehrs einsetzt, kritisiert insbesondere das **vorzeitige Aus des deutschen Transrapid-Projekts** und **fordert nun eine ernsthafte Neubewertung der Technologie vor dem Hintergrund aktueller verkehrs- und energiepolitischer Herausforderungen**.

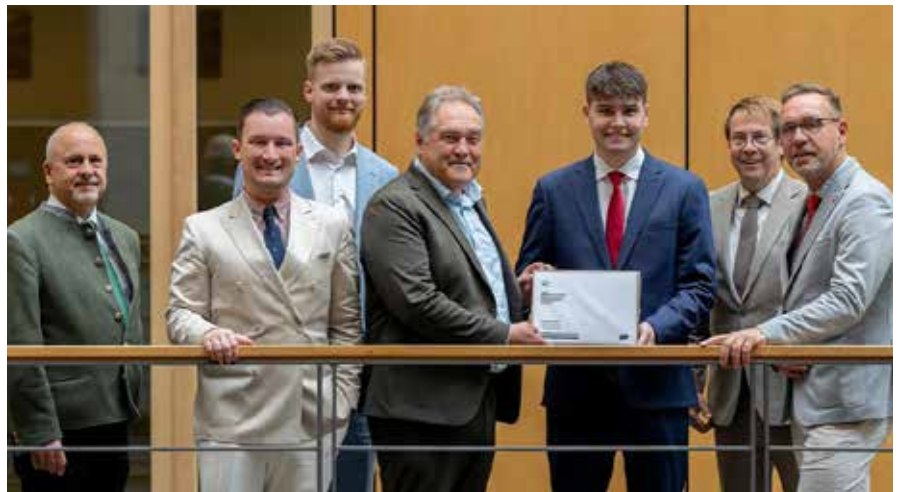
Dazu teilt Manfred Schiller mit:

„Die AfD-Fraktion sieht in der Petition ein **deutliches Signal**, dass eine **Rückbesinnung auf eigene technologische Stärken** und eine **ideologiefreie Verkehrspolitik** von der **Bevölkerung gewünscht** wird. Der Transrapid steht für **deutsche Ingenieurskunst, höchste Geschwindigkeit** und

emissionsarme Mobilität. Es ist ein Fehler, eine solche **Zukunftstechnologie** brachliegen zu lassen.

Der Transrapid ist eine **deutsche Magnetschwebebahn**, die für den **Hochgeschwindigkeitsverkehr** entwickelt wurde und **China** ist mittlerweile führend in der Magnetschwebebahn-Technik. Die **Technik** dafür hatte China aus Deutschland vom **Transrapid übernommen und weiterentwickelt**.

Damit Deutschland nicht zur **Werkbank der Chinesen** wird, prüft die **AFD-Bundestagsfraktion**, wie dieses Anliegen in die **parlamentarische Arbeit** eingebracht werden kann.“



Wirtschaftsministerin hält an sozialistischer Staatswirtschaft fest

Deutschlands ökonomischer & ökologischer Selbstmord

Die gesamte sog. **Energiewende** beruht auf einer ökonomischen Leistung der Bürger, die diese in Zukunft aufgrund der Deindustrialisierung, der Abwanderung der Industrie und dem damit verbundenen Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust allem Anschein nach nicht mehr werden leisten können. Die OECD bestätigt uns jüngst, dass **Deutschlands Wirtschaft seit sieben Jahren stagniert**. Nicht nur das. Wenn die Menschen im Detail wüssten, mit welchen **ökonomischen und auch ökologischen Plagen** sie vom Staat geschlagen werden, weil es ein **ideologieverrantes sozialistisches System** so will, dann würden vielleicht schon morgen alle ihre Arbeit niederlegen.

Wir alle kennen die folgenden Zahlen: Deutschlands CO₂-Emissionen im Verhältnis aller Industrienationen beträgt 1,6 Prozent, der Anteil von China und USA beträgt gemeinsam 40 Prozent.

CO₂ ist aber nur ein Spurengas in der Atmosphäre, und daher sind unsere 1,6 Prozent Emission gemessen an der gesamten Zusammensetzung der Atmosphäre auch nur 1,6 Prozent von 0,04 Prozent (soviel beträgt der CO₂-Anteil an der Atmosphäre). 1,6 Prozent von

0,04 Prozent sind 0,016 Prozent. **Selbst wenn Deutschland seine Emissionen auf Null reduzieren würde, hätten wir keinen Einfluss auf das Weltklima**, während USA und China die Emissionen weiter steigern. Fakt ist, dass wir **ökonomisches und ökologisches Harakiri betreiben**.

Hier mal ein paar Fakten zu den Kosten der Gaskraftwerke, die Ministerin Reiche nun bauen will, obwohl auf eine Null-Reduktion des Gasverbrauchs bis 2045 aus ideologischen Gründen hingearbeitet wird.

Fakt 1

2 GW Gaskraftwerk kosten (für einen einfachen Vergleich gerundet) rund 2 Milliarden Euro im Bau. Reiche will 20 Stück hiervon bauen, also rund 40 Milliarden Euro Investition. Diese Kraftwerke werden sich nie rentieren, da sie nur als backup gedacht sind, sie werden aus Ideologiegründen niemals ausgelastet werden, sondern immer nur unter 5 Prozent ihrer Kapazität fahren. Während sie auf ca. 175 TWh Strom ausgelegt sind, produzieren sie also nur 6 bis 7 TWh (400 bis 500 Vollaststunden) pro Jahr. Für eine Rentabilität müsste der Strompreis daher bei mehreren Hundert € pro MWh liegen. Diese Preise, bezahlen Sie lieber Verbraucher also tatsächlich! Wenn nicht über den Strompreis, so eben über Steuern und Abgaben.

Fakt 2

Was Sie natürlich auch zahlen, ist die künstliche Verknappung des Gas-Angebots durch unseren Staat aufgrund der Sanktionen gegen Russland. Aus Ideologiegründen (oder aus der einfachen Absicht, Deutschland zu schaden), bezahlten wir im 1. Quartal 2025 pro m³ LNG-Gas 1,08 €, während der Preis für russisches pipeline-Gas bei 20 €-Cent pro m³ lag. Die Sanktionen haben also am meisten Deutschland geschadet. Noch eine heftige Wahrheit: sogar russisches LNG-Gas, das wir bisher noch beziehen durften, lag nur bei 0,51 € pro m³, aber ab 2027 soll mit dieser noch relativ günstigen Quelle komplett Schluss sein, die EU verbietet es (Quelle für diese Preise: Handelsblatt).

Fakt 3

Die Unverzichtbarkeit der Gaskraft und der von Minis



terin Reiche propagierte notwenige Ausbau beruht also nur auf der Tatsache, dass erneuerbare Energien niemals grundlastfähig sein werden. Je mehr Erneuerbare, je weniger Kohlekraft, desto mehr Bedarf an Gas. Die berühmte **Dunkelflaute** sei hier genannt. Der Mix der sog. Erneuerbaren wird in Zukunft immer größere Gefahren für unser Stromnetz bereithalten. Das deutsche Stromnetz ist das instabilste, das dieses Land in den letzten 50 Jahren hatte. Während in den 2000er Jahren nur drei bis sechs Eingriffe pro Jahr nötig waren, musste 2023 bereits 15.192 Mal eingegriffen werden. Im Jahr 2024 waren es bereits 17.360 Eingriffe, sog. Redispatchmaßnahmen. Hierbei werden dann Kraftwerke angewiesen, ihre Einspeisung zu drosseln oder ihre Einspeiseleistung zu erhöhen, um eine konstante Frequenz des Stroms im Netz zu gewährleisten.

Fakt 4

Weil sich Deutschland die „Klimaneutralität“ bis 2045 ins Grundgesetz geschrieben hat – wir erinnern uns: Friedrich Merz bescherte uns dieses Kuckucksei, als er mit dem abgewählten Bundestag eine Mehrheit brauchte für seine Schuldenorgie und nur mit dem Zugeständnis der Klimaneutralität die Stimmen der Grünen hierfür erkaufen konnte – soll also auch das Gas bis dahin verschwinden.

Hier ein kleiner Einschub für alle Gasverbraucher. Ihr könnt euch „freuen“ in der nahen Zukunft über rasant steigende Kosten, das will ich aber hier nicht ausführen. Bitte hier nachlesen (das Gleiche gilt für die Ölkunden):

<https://www.ratgeber-haus-garten.com/heizen-mit-gas-lohnt-sich-der-umstieg-oder-bleibt-gas-die-zukunft-preisentwicklung-2025-im-ueberblick/>

Wenn also das Gas verschwinden soll, so muss die Alternative „grüner Wasserstoff“ her.

Die neuen Gaskraftwerke sollen also „H2-ready“ gebaut werden, und, wer hätte es gedacht, sie müssen auch mit CO₂-Abscheidung versehen werden. Hierbei gehen nochmals ca. 10-15 Prozent der erzeugten Energie verloren. Das sog. CCS-Verfahren liegt realistisch bei Kosten von 60-120 €/to. CO₂. Das ist die Kalkulation für den gesamten Prozess von Abscheidung, Transport (z.B. Pipeline) und Speicher. Bei den möglichen Speichern ist der deutsche Ideologe auch recht erfinderisch. Da bieten sich offshore-Lager in der Nordsee an oder erschöpfte Erdgasquellen.

Aber wie gesagt: fürs Klima ist kein Weg zu weit, kein Erdloch zu tief. – Obwohl! Auch das ist ja nur eine Übergangstechnologie, bis die Wasserstofftechnologie ausgereift ist. Aber die kostet jetzt auch erst mal richtig Geld. Dazu kommen wir gleich.

Fakt 5

Der Wasserstoff, wenn er grün sein soll, muss mit erneuerbarer Energie elektrolysiert, also hergestellt werden. Die Idee ist, überschüssigen Strom, der sonst „verklappt“ werden müsste (Verklappen geschieht aktuell in der Form, dass wir den Strom exportieren und viel Geld dafür bezahlen) in Wasserstoff umzuwandeln, der dann als Stromspeicher fungiert, der zu gegebener Zeit das Gaskraftwerk betreibt, welches zuvor H₂-ready-gebaut, und dann auf Wasserstoff umgestellt wurde. Aber der Bau und der Betrieb von Erneuerbaren Energien wie Windkraft und Fotovoltaik, mit denen der Wasserstoff produziert wird, wird ja auch dauer-subventioniert. Die Förderung über das EEG kostet den Steuerzahler pro Jahr zwischen 20 und 25 Milliarden Euro.

Hinzukommen Kosten in den Netzausbau („Windenergie“ vom Norden in den Süden) von mehreren 10 Mrd. Euro bis 2045 und hinzukommt die Industrieförderung für den grünen Wasserstoff, für Speicher, für Wärmepumpen (grüner Stahl von Thyssen-Krupp und Saarstahl) mit mehreren Milliarden Euro. Apropos. Ein FDP-Politiker hat in der letzten Legislatur ausgerechnet, dass der private Verbraucher allein für den sog. Heizungshammer (Verbot von Gas und Öl) insgesamt 2.500 Milliarden Euro wird ausgeben müssen. Denn zur Umrüstung auf Wärmepumpe werden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen hinzukommen bis hin zur Installation einer Fußbodenheizung.

Eine gesamtwirtschaftliche Kalkulation kann ich an dieser Stelle nicht aufstellen.

Vielleicht haben Sie ein wenig mitgerechnet. Für mich haben all diese Maßnahmen nur einen Hintergrund:

Der Wirtschafts- und Innovationsmotor in Deutschland wurde abgewürgt.

Er kommt nicht mehr auf die Füße. **Trotz allem müssen die Einnahmen des Staates sprudeln** und sich weiterhin exponentiell vergrößern.

Die Aufgaben und Ausgaben werden in allen Bereichen zusehends größer. Überall klaffen die Löcher.

Frau Reiche, unsere ambitionierte neue „Energienministerin“ hält jedenfalls eisern am einmal eingeschlagenen **Weg der sozialistischen Staatswirtschaft fest**, die der einzige Garant zu sein scheint für ein angemessenes BIP-Wachstum.

Ich konnte das vergangene Woche konkret erleben, als Sie im **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** gewissermaßen einen groben Überblick über Ihre Industrie- und Energiestrategie gab. Ich bin während ihres mühevollen Vortrags einfach nur erstarrt, nicht nur angesichts des Wahnsinns, den die „Regierenden“ uns antun. Ich bin schockiert über den gewaltigen Mentalitätswandel in dieser Republik.

Es hat ein Generationswechsel stattgefunden, still und leise.

Noch vor 10 bis 15 Jahren wehte der Wind der **freien sozialen Marktwirtschaft** durch die Politik. In der aufstrebenden Geschichte der Bundesrepublik bis Ende der Neunziger war es immer der freie Markt, ein kleinteiliges Unternehmertum „the German Mittelstand“ und viele Tüftler und Macher, welche ein blühendes, wohlhabendes, **Bildungsbürgertum** schufen mit einem **Sozialsystem**, das in der Welt seines Gleichen suchte. Alles regulierte sich quasi selbst, der Staat hielt sich weitestgehend aus dem Wirtschaftsgeschehen heraus.

Das liegt jetzt auf dem Schutthaufen der Planwirtschaft.

Wer hat diese neue unmündige Generation nur aus dem Boden gestampft, die das **Denken verlernt** hat? Haben die ein anderes Schulsystem gehabt, als das, durch welches ich einst ging? War das vielleicht eine „Baumschule“, **wo jeder auf Maß gestutzt** wurde? Diese unbeschreiblich deprimierenden Gefühle habe ich, wenn ich im Ausschuss sitze. Es ist wie ein bleierner Mantel der Bürde, ja der Prügelstrafe, die uns Anwesenden auf die Schultern gelegt wird.

Es hilft kein vernünftiges Argument. Als würde Frau Reiche sagen: Nein, den Weg nach Golgatha müssen wir alle gehen, wir dürfen nicht nach rechts oder links sehen. Die von der EU als **grün deklarierte Kernkraft**, die CO2-frei ist, auf die alle unsere Nachbarn setzen, die Nachbarn, die mit der Abnahme unser überschüssigen volatilen grünen Energie noch richtig „Kohle“ machen, darf um keinen Preis in Deutschland wieder eine Rolle spielen.

Nein, wir müssen uns geißeln bis zum Umfallen. Das soll, so scheint es, unser unabänderliches Schicksal sein. Es gibt keine Alternative, Hinterfragen wird verboten. Augen zu und durch.

Zum Schluss nehme ich Bezug auf das Argument, dass wir all die Mühen und Qualen nur auf uns nehmen, **um als Vorbild in der Welt die Weltgemeinschaft irgendwann auf unseren Pfad locken zu können.**

Dieses Argument ist das dümmste, das ich je gehört habe und es kann nur von den Menschen kommen, die das Denken verlernt haben (siehe oben: Baumschule).

Wer in der Welt wird die freie Marktwirtschaft freiwillig aufgeben?

Die anderen werden weder umschwenken, noch halten sie uns auf im freien Fall.

Sie werden Wohlstand aufbauen, wir gehen im Sumpf der Bürokratie, der Korruption, Vetternwirtschaft, auch der Überwachung und Bevormundung unter.



Wir fragten Ministerin Reiche im Wirtschaftsausschuss, warum die versprochene Stromsteuersenkung für private Haushalte & Unternehmen, die nicht zum produzierenden Gewerbe oder zur Land- & Forstwirtschaft zählen, eingestampft wurde.

Antwort:

Es sei finanziell nicht drin.

Abgesehen vom **Bürger**, trifft diese Entscheidung auch **Unternehmen**, wie **Handwerksbetriebe**, die zu Recht mit großer Empörung reagieren.

ZDH-Präsident Dittrich kritisiert die Pläne als „**einen Schlag ins Kontor für den Mittelstand**“, denn mit dem im **Koalitionsvertrag** gegebenen **Versprechen** wären „**endlich auch energieintensive Handwerksbranchen, wie z.B. die Textileinigungsbranche entlastet worden.**“

Die **Stromsteuer** sollte lt. Koalitionsvertrag **für alle** auf das **europäische Mittelmaß von 0,05 Cent/kWh** gesenkt werden, aktuell zahlen wir mit **2.05 ct/kWh 41 mal mehr!**

Aber: **die Regierung setzt andere Prioritäten & gibt lieber Unsummen für Rüstung oder irgendwelche Ideologie-Projekte aus.**



Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Parlamentarische Sitzungswoche KW26/25

Meine Woche in Berlin begann wie üblich am **Montag** mit der Vorbesprechung der **Arbeitskreissitzung „Petitionen“** am Nachmittag, dann mit der **Sitzung des AK**, in der wir die Petitionen ausführlich erörtern und endete mit der Einladung des Kollegen Birghan zu einer kleinen Geburtstagsfeier im Haus.

Der reguläre Wochenrhythmus wurde außer Kraft gesetzt durch die **Regierungserklärung** von Kanzler Merz über den **Gipfel des Europäischen Rates** sowie den **NATO-Gipfel** im Laufe der Woche, sodass das Plenum schon am Dienstag eine erste Sitzung hatte.

Der **Dienstag** begann dann mit dem **Arbeitskreis „Wirtschaft und Energie“**, in welchem die wichtigsten TO-Punkte waren:

Vorbereitung auf die Vorstellung der **Ministerin Reiche** und ihrer **Energiestrategie** für Deutschland im Ausschuss, sowie die anschließende direkte **Befragung** der Ministerin im Plenum, wo sie das erst Mal öffentlich „antrat“.

Aber vorweg behandle ich – entgegen der Chronologie – den wichtigsten TOP der Woche, nämlich das von **Finanzminister Lars Klingbeil** eingebrachte „**Investitionsso-**

fortprogramm“, das **Steuerentlastungen** bis 2029/30 in Höhe von rund **30 Mrd. Euro** verspricht, wobei die Kommunen mit den Steuerausfällen am stärksten belastet werden sollen. Natürlich wissen wir auch, dass die Länder aus dem Paket von **500 Milliarden „Sondervermögen“** auch **100 Milliarden** zugewiesen bekommen. Eine Hand wäscht die andere. Hier ein kurzer Einblick in die **Verfahrenstechnik** im Plenum, die

GO-konform ist, trotzdem in meinen Augen fragwürdig.

In einem meiner letzten Social-Media Posts hatte ich bereits angekündigt, dass diese **Gesetzesvorlage** am Donnerstag durch das Parlament gejagt werden wird. Und das geht so schnell, da die **erste Lesung** am Dienstag **ohne Aussprache** erfolgte und gleich in den **Finanzausschuss** sowie die **mitberatenden Ausschüsse** überwiesen wurde. Am Mittwoch lag dann dieser Antrag 21/323 (vorher

21/516) in **allen Ausschüssen** (auch in „Wirtschaft und Energie“) **zur Abstimmung** vor, am Donnerstag erfolgte nach einer kurzen Aussprache die **Bestätigung im Plenum**. Nun entscheidet noch der **Bundesrat** am 11. Juli. **Lars Klingbeil**, der Superman der Ökonomie, alle jubeln!



Ein Foto aus dem Wirtschaftsausschuss, kurz bevor die Vorstellung der neuen Wirtschaftsministerin Reiche (CDU) stattfand

Während **Friedrich Merz** also in seiner Regierungserklärung die **Rolle Deutschlands** und der **EU** als tragend darstellte, er über Rohstoffpartnerschaften, Kriege im Nahen Osten, den Schuldigen Putin, Zitat: „*Putin versteht nur die Sprache der Stärke*“ und über das **18. Sanktionspaket** der EU fabulierte, zu dessen Anschluss er auch Donald Trump aufgefordert habe, konnte er nicht darüber hinwegtäuschen, dass **weder Deutschland**, noch die **EU** an irgendeinem **internationalen Verhandlungstisch** auch nur irgendeine Rolle spielen.

Weiterhin ging es um die **Europäische Spar- und Investitionsunion** (Stichwort Vermögensregister, AMLA – die EU-Geldwäschebehörde) und um noch mehr **Zentralisierung**. Heute wissen wir auch, dass beim **NATO-Gipfel** folgende Maßnahmen zur **„Kriegstüchtigkeit“** beschlossen wurden: **5 Prozent des BIP**

wird Deutschland spätestens ab 2035 für den **Wehretat** bereitstellen. Die **Umgehung der Schuldenbremse** wird also möglich machen, dass wir dann fast die Hälfte des Bundesetats **statt in Bildung, Infrastruktur, Aufbau und Frieden in Krieg und Zerstörung investieren werden** – und man bedenke: der Coup von Merz zwischen den Wahlperioden ermöglichte sogar, **dass Deutschland sich zu diesem Zweck UNBEGRENZT VERSCHULDEN DARF** (oder muss). Was noch grotesker ist: wir wissen nicht, **wieviel Geld** dieser Neuverschuldung direkt in die **Ukraine** fließen wird.

Nach diesem TOP folgte gleich die **Arbeitskreis-Leiter-Sitzung**, in der wir neue **Initiativen der Woche** besprachen, dann ging es direkt in die **Fraktionssitzung**. Wir stellten hier erstmals in der neuen Legislatur wieder Kandidaten für den **Bundestagsvizepräsidenten** auf – den Diplom-Ingenieur **Prof. Dr. Michael Kaufmann**, der bereits Landtagsvize in Thüringen war, und einen Kandidaten für das wichtige **Parlamentarische Kontrollgremium** – den **Polizeihauptkommissar Martin Hess**. Beide Kandidaten wurden am Donnerstag **demonstrativ nicht gewählt**. Wobei die Ablehnung von Kaufmann dieses Mal wohl ein **juristisches Nachspiel** hat, ich werde hierüber weiter berichten.

Nach der „**FraSi**“ hatte ich noch das **Obleutegespräch des Petitionsausschusses**, in dem wir den Ablauf der

Ausschusssitzung festlegten. In die Sitzung der **bayerischen Landesgruppe** schaffte ich es nicht mehr, da diese parallel zum Obleutegespräch stattfand.

Am **Mittwoch** tagte zunächst der **Ausschuss Petitionen**, in dem wir zuerst den/die stellvertretende Ausschussvorsitzende wählten. Da uns das Kartell den Platz des Stellvertreters **verwehrte**, schlug die Union ihre Wunschkandidatin **Hülya Düber** vor, die wir **AfD-Abgeordneten** schließlich **offen unterstützten**. Wir reichten den Aus-

grenzern damit **demonstrativ die Hand**, verbunden mit der Hoffnung auf **kollegiale Zusammenarbeit** in der Zukunft.

Ohne Unterbrechung ging es weiter in den **Ausschuss Tourismus**, danach in den **Ausschuss Wirtschaft und Energie**.

Hier wählten wir auch zunächst einen Stellvertreter und später erschien **Ministerin Reiche** persönlich zur

Befragung. Die neue Ministerin gab vor, den desolaten Zustand der Wirtschaft, womit sie mit dem Finger auf ihre Vorgänger zeigen konnte, mit **visionären Investitionen in Energietechnologie** zu überwinden. Allerdings können wir **keine Visionen** entdecken, sondern nur **ideologieverbohrte Planwirtschaft**. Bitte lest meinen Beitrag zur Energiepolitik Reiches auf den **Seiten 6-8**.

Das **Plenum** eröffnete um 13 Uhr mit der **Befragung Reiches**, Ihr Debüt im Deutschen Bundestag. Sie führte entsprechend ein, denn „**Externen Schocks**“ wie **Corona**, **Ukrainekrieg**, **Handelskonflikt**, **Unterbrechung von Lieferketten**, „**stürmischer See**“ und **Stagnation** wolle sie mit **Bürokratieabbau** und **schnellen Genehmigungsverfahren** begegnen. Dann kam gleich die **erste Lüge**. Die **Gasspeicherumlage**, die sich erneut **verteuern** wird und bislang den Gaskunden direkt belastete, wolle sie abschaffen. **Pustekuchen**.

Er wird **verlagert** in den „**Klima- und Transformationsfonds**“ und von dort ausbezahlt. Die im **Koalitionsvertrag abgemachte Senkung der Stromsteuer für Privathaushalte entfällt**, entlastet werden nur Unternehmen (seht auch Seite 8). Dann hörten wir noch sehr viel über **staatliche Förderung der Transformation**. Später betonte sich noch sinngemäß, dass die Beschleunigung der Investitionsmaßnahmen nicht durch „**lästige**



In dieser Woche stand auch die Übergabe der Transrapid-Petition an - die Pressemitteilung hierzu lest ihr auf Seite 5

Bürgerinitiativen vor Ort behindert werden sollten.

Jens Spahn im Maskenrausch. Nach der **allgemeinen Fragestunde** kam auf Antrag der „**LINKE**“ eine **Aktuelle Stunde** zum Thema **Maskendeals** des damaligen Gesundheitsministers Jens Spahn. Ihm wird vorgeworfen, **Maskenbeschaffung** freihändig vorgenommen zu haben **ohne Ausschreibungen, zweifelhafte Verträge** mit „Amigos“ und zu **hohen Preisen** abgeschlossen zu haben und der **Steuerzahler** derzeit immer noch ein Prozessrisiko von rund **2,3 Milliarden Euro** habe. Insgesamt bestellte er wohl rund **5,7 Milliarden Masken**, wovon gerade mal **1,7 Milliarden** verteilt wurden. Im Juli 2022 kaufte sich Spahn zusammen mit seinem Lebenspartner eine **Luxusvilla** in Berlin-Dahlem zu **4,1 Millionen Euro**. Ein **Untersuchungsausschuss wird gefordert**.

Das Thema passte zum nächsten Tagesordnungspunkt,

21/562). Der **Ausschuss Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** berät, wir wissen, wie das ausgehen wird.

Dann folgte die erste **namentliche Abstimmung** der Woche zu einem Antrag der „**Deutschland-Hasser-Partei**“ die **Grünen** (Dr.-Nr. 21/468): „**Rückkehr zu Nordstream-Pipelines ausschließen**“. Sie forderten im Antrag außerdem, die eingefrorenen **russischen Staatsvermögen der Ukraine zur Verfügung zu stellen**. Und obwohl **Außenminister Wadepuhl** vor Kurzem noch betont hatte, „Dass Russland immer unser Feind bleiben wird“, stimmte die Koalition dieses Mal mit uns zusammen **gegen** diesen Antrag in der 3. Lesung.

In der zweiten **namentlichen Abstimmung** ging es um die Fortsetzung des **Bundeswehreinsatzes** in **Bosnien/Herzegowina**, den die **AfD** zusammen mit den **Linken ablehnte**, sich aber gegen die Mauer aus Grün und Ko-



bei dem die **AfD** erneut die **Einsetzung eines U-Ausschusses Corona-Pandemie forderten** (Dr.-Nr. 21/573). **Stephan Brandner** brillierte rhetorisch, nannte die Regierung unter **Merkel** das „**Seuchenpolitbüro**“, verlangte, dass die Staatsanwaltschaften endlich ermitteln gegen **Täter und Millionenprofiteure** wie –meistens **CDU/CSU** – Löbel, Sauter, Nüßlein, Hauptmann, Spahn, aber auch Lauterbach, denn Hunderttausende draußen wurden **kriminalisiert**, wenn sie nur auf der Parkbank saßen und ein Buch lasen.

Der **Untersuchungsausschuss muss her** und nicht nur eine „wachsweiche“ Enquete-Kommission, wie sie parallel von der „Pinocchio-Koalition“ gefordert wird (Dr.-Nr.

21/562). Der **Ausschuss Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** berät, wir wissen, wie das ausgehen wird.

Donnerstag, ein langer Arbeitstag nahm seinen Lauf: **Die Grünen** sorgen sich wieder sehr über „Queerfeindliche Hasskriminalität“ (Dr.-Nr. 21/580), vermutlich gilt schon die **Absage von Präsidentin Klöckner, die Regenbogenflagge auf dem Reichstag am CSD-Tag zu hissen, als unhaltbarer Zustand**.

Die Rednerin Slawik Nyke kam, einem Clown gleich, mit rot angemalten Bäckchen ans Rednerpult, **die gesamte Grünen-Riege hatte sich schick gemacht, wie ihr am Bild auf dieser Seite sehen könnt**.



Vor dem Konferenzsaal, kurz vor der Übergabe der Transrapid-Petition

Eine **Initiative**, die noch aus der Vor-Legislatur stammte, nämlich das „**Klimaschutzfolgenbereinigungsgesetz**“ Dr.-Nr. 21/576 war eine der **wichtigsten Themen der AfD** am Donnerstag.

In einer in A und B unterteilten **Gesetzesvorlage** forderten wir einen einzigen **Befreiungsschlag für Land und Leute** durch die einfache **Abschaffung von insgesamt 23 überflüssigen ideologiemotivierten Gesetzen**.

Ein paar Stichpunkte in Kürze:

- Austritt aus dem sog. Kyoto Protokoll von 1997 und aus dem Übereinkommen von Paris von 2015.
- Keine Förderung mehr in „Klimaprojekte“,
- keine Pflicht zur Einhaltung von Grenzwerten,
- Aufhebung des Verbotes der Kernenergie,
- Rückbau von sog. Erneuerbare-Energien-Anlagen und Renaturierung von versiegelten Flächen, indem die bisherigen Betreiber die finanzielle Ausstattung entsprechender Fonds übernehmen.
- Abschaffung folgender Gesetze: Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Klima- und Transformationsfonds“ (Artikel 7), das Erneuerbaren-Energie-Gesetz (Artikel 8), das Gesetz über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (Artikel 9), das Gesetz über den nationalen Zer-

tifikatehandel für Brennstoffemissionen (Artikel 10), das Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung (Artikel 14), das Investitionsgesetz Kohleregionen (Artikel 15), das Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Artikel 18), das Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für Elektromobilität (Artikel 21), das Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (Artikel 23), das Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse und das Gesetz zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme uvm.

Der Ausschuss Wirtschaft und Energie berät.

Danach stimmten wir über die **Sammellisten der Petitionen** ab (immer ohne Aussprache).

Schließlich wurden erneut **Gremien** gewählt, bei welchen natürlich für die Fraktion **Anwesenheitspflicht** herrschte. Wie oben erwähnt, **boykottierten** die Kartellparteien unsere Kandidaten zum Bundestagsvize und zum wichtigen Gremium, das unter anderem den Inlandsgeheimdienst, genannt Verfassungsschutz, kontrolliert. **Man will sich nicht in die Karten schauen lassen**.

In einer weiteren **namentlichen Abstimmung** zum Einsatz der **Bundeswehr im Kosovo** konnten wir uns natürlich wieder nicht durchsetzen. Alle fanden eine **Verlängerung um ein Jahr** klasse, nur wir nicht.

Und noch einmal **Verlängerung eines Bundeswehrein-satzes**, dieses Mal im **Libanon**. Die **AfD** ist der Meinung, dass unsere **deutschen Soldaten** im Verteidigungsfall in der **Heimat** eingesetzt werden sollen und **weder im Libanon**, noch am **Hindukusch** bei **ideologisch verbrämten Missionen** etwas zu suchen haben. Wir unterlagen in der namentlichen Abstimmung.

1. Lesung des AfD-Antrages „Bürgergeldbezug für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beenden“ (Dr.-Nr. 21/588).

In kurzen Worten: wir wollen nicht, dass **Ukrainer** mit dem Flixbus mal kurz nach **Deutschland vorbeischaue**n, um ihr **monatliches Bürgergeld** abzuholen. Der Ausschuss Arbeit und Soziales berät.

Der **Euro** soll nun auch ab 1. Januar 2026 in **Bulgarien** zur staatlichen Währung werden.

Am **Donnerstag** legten einige Fraktionen eine sog. **parlamentarische Stellungnahme** vor (erstellt von Union, SPD und Die Grünen) (Dr.-Nr. 21/567), mit der der Beitritt Bulgariens begrüßt wird. In diesem Fall gab eine übereinstimmende Willenserklärung – von der EU-Kommission bis hin zum Parteienkartell, und der **Bundestag nickt das**

Ganze am Ende ab, weil die gleichen hüben wie drüben sitzen. Das nennt man Demokratie. Die Bulgaren wurden jedenfalls nicht befragt. **Die AfD lehnte ab**, wir sind **gegen den EU-Geldsozialismus**. es geht also mit Volldampf weiter in die EU-Kratie.

Es folgten noch einige weitere Anträge in erster Lesung der „demokratischen“ Parteien, bis endlich gegen Null Uhr in dritter Lesung noch das **Allgemeine Eisenbahngesetz** in dritter Lesung namentlich abgestimmt wurde. (Dr.-Nr. 21/642).

Die **Diskriminierung der AfD** findet nicht nur in den Medien, im politischen Betrieb, in den sozialen Medien, durch Vorenthaltung von Mitteln für ihre Stiftung und durch staatliche Institutionen wie den Verfassungsschutz statt. Der Staat hat sogar die **finanziellen Möglichkeiten**, sog. „Zivilgesellschaften“, also **Vorfeldorganisationen zu finanzieren**, die allerdings keine anderen Zwecke verfolgen, als Parteiinteressen derjenigen, die in der Regierung sitzen. Allein das Programm **Demokratie leben!** setzt hierfür jährlich ca. **200 Millionen Euro** ein, wo dann Omas gegen Rechts, Bündnisse für Demokratie, gegen Rechts, für Toleranz, für Menschenrechte, gegen Hass und Hetze usw. zum Teil militant gegen politische Opposition vorgehen. Dieser **staatlich finanzierte Sumpf** muss ausgetrocknet werden, daher brachte die AfD den Antrag 21/577 **„Verbot der Finanzierung von politischen**



Immer im Dienst: Ein Screenshot meines Videos, das ich euch nachts im Hotel zum Thema Wirtschaftsausschuss aufgenommen habe (zu sehen auf meinen Social-Media-Kanälen)

Nichtregierungsorganisationen aus öffentlichen Mitteln“ in erster Lesung ins Plenum. **Zahlen und Fakten dazu folgen!**



Der Dauersanierungsfall Deutsche Bahn...

Auf dem Foto seht ihr mich auf meinem „Komfortsitzplatz“ auf dem Boden, in einem heillos überfüllten Zug auf dem Weg Richtung Heimat von Berlin.

Als Gentleman alter Schule habe ich meinen reservierten Sitzplatz selbstverständlich einer Dame überlassen, die ihn gerade dringender brauchte ;)

Würde der Dauersanierungsfall Deutsche Bahn endlich reformiert werden, müsste niemand mehr auf dem Boden sitzen.



Immer gut besucht: Unser **Stammtisch!**



In der letzten Woche konnte ich leider nicht an unserem Stammtisch teilnehmen – die Sitzungswoche in Berlin rief!

Doch: Bericht & Austausch entfallen nicht.

Unser bayerischer Landtagsabgeordneter Roland Magerl informierte über seine Anfrage an die Staatsregierung Bayern zu antisemitischen Straftaten: Wie viele gab es tatsächlich? Wer sind die Täter? Leider fiel die Antwort sehr lückenhaft & ausweichend aus – man beruft sich auf „aufwändige Auswertung“.

Meine Wahlkreisleiterin berichtete ausführlich über meine Sitzungswoche:

Montag & Dienstag saßen wir in der Fraktion & in den Arbeitskreisen zusammen, um neue Initiativen vorzubereiten. Mittwoch folgten Ausschuss-Sitzungen, im Anschluss Plenum mit Regierungsbefragung & Debatten. Donnerstag & Freitag standen weitere Plenarsitzungen & Beratungen auf dem Programm.

Ein herzlicher Dank an alle, die gestern beim Stammtisch dabei waren. Eure Fragen, Anregungen & der persönliche Austausch sind für meine Arbeit in Berlin enorm wertvoll.



Auf einer Stufe mit Terrorgruppen wie Al Kaida:

Joachim Herrmann (CSU) kündigte an, die AfD in Bayern in das über 200 Organisationen umfassende **Extremismus-Verzeichnis** des bayerischen Innenministeriums aufnehmen zu wollen, und stellt sie damit auf eine Stufe mit Terrorgruppen wie Al Kaida & Co., was für Beamtenanwärter schwerwiegende Folgen haben könnte.

Die Einstufung ist natürlich rein ideologisch getrieben:

Nächsten März sind in Bayern **Kommunalwahlen**. Die AfD steht in der letzten Umfrage in Bayern bei sagenhaften 22 Prozent, und in der CSU liegen die Nerven blank, weshalb man mit der Einstufung als extremistische Organisation noch schnell möglichst viele Mitglieder und Sympathisanten einschüchtern will. Aber:

Diese billige Taktik, den politischen Gegner kleinzuhalten, wird nach hinten losgehen.



Wir lassen uns nicht kriminalisieren.

Weder unsere Partei noch unsere Wähler.

Wir werden weiter als einzige echte Opposition für Meinungsfreiheit kämpfen!



Am Samstagabend war ich unterwegs und konnte in einem kleinen Vorort von Weiden gemeinsam mit vielen weiteren Gästen das grandiose Johannisfeuer genießen, bevor nächste Woche unter anderem die Fraktionsklausur ansteht, auf die in der übernächsten noch eine Sitzungswoche folgt. Eine der schönen Traditionen, die in unserer Heimat erhalten bleiben müssen!

Stammtisch

Jeden **Donnerstag** (außer feiertags) findet unser Stammtisch in **Weiden** statt. Unsere Abgeordneten berichten aus dem Landtag oder Bundestag, im Anschluß gibt es spannende **Diskussionen**.

Der Stammtisch ist völlig unverbindlich und für jeden offen, ihr müsst kein Parteimitglied sein! Kommt vorbei, wir freuen uns auf euren Besuch!

Wir sehen uns!





Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »Zwei Bayern in Berlin«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB



Mehr Neuigkeiten gibt es auf meinen Kanälen!



www.manfred-schiller.de



manfred.schiller@bundestag.de



[@manfred.schiller.afd](https://www.facebook.com/manfred.schiller.afd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.instagram.com/manfred.schiller.afd)



[@manfredafd](https://twitter.com/manfredafd)



[@manfredschillerafd](https://www.telegram.com/@manfredschillerafd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.tiktok.com/@manfred.schiller.afd)



[@manfredschillermdb](https://www.youtube.com/@manfredschillermdb)